

4 Seiten wöchentlich 2 mal
 in Leipzig.
 Bestellungen können alle
 Postanstalten und Buchhand-
 lungen des In- und Aus-
 landes an.
 Für Leipzig nehmen
 Bestellungen an:
 die Expedition, Göbe Str. 4.
 A. Bebel, Pet. r. Str. 18,
 F. Zehle, Familienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:
 für Preußen incl. Stemp-
 elsteuer 17 Sgr., für die übrigen
 deutschen Staaten 12¹/₂ Rgr
 per Quartal, per Monat 4¹/₂
 Rgr., für Leipzig und Um-
 gegend per Quartal 13 Rgr.
 Inabsetzung für die er-
 wählten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N. J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Abonnements auf den „Volksstaat“
 für den Monat September, 4¹/₂ Silbergroschen,
 werden bei allen Postanstalten, für Leipzig bei der
 Expedition Hohestraße 4, wie Petersstraße Nr. 18,
 und bei Kolporteur Müller, für die Umgegend Leipzigs
 bei den Filialexpeditionen in Volkmarzdorf, Plag-
 witz etc. entgegengenommen.
Die Expedition des „Volksstaat“.

Zur Wiederwahl Bebel's.

Die Aberkennung des Reichstagsmandats, mit der Bebel wegen sogenannter „Majestätsbeleidigung“ exclusiv der 9 Monate Gefängnis, bestraft worden ist, hat einer Anzahl von Zeitungen Veranlassung gegeben, die Frage zu erörtern, ob Bebel wieder wählbar sei. Die einen verneinen dies, die andern bejahen es. In Nr. 185 der „Deutsch. Allg. Ztg.“ wird diese Frage, nachdem sie in einem längeren Artikel erörtert worden, bejaht, und diese Bejahung ist auf Grund der bestehenden Gesetzgebung unbedingt richtig. Dagegen verneint die „Deutsch. Allg. Ztg.“, daß Bebel durch die Wiederwahl aus seiner Straffhaft befreit werden müsse, oder der Reichstag das Recht habe, Bebel's Freilassung aus der Haft für die Dauer der Session zu verlangen. Sie stützt sich in dieser Ansicht auf §. 31 der Reichsverfassung, welcher lautet:
 „Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verurteilt werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. Auf Verlangen des Reichstags wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Ewigsatz für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß nach dem Wortlaut dieses Paragraphen ein Reichstagsmitglied, welches in Straffhaft sich befindet, vom Reichstag nicht reklamirt werden kann, denn der Paragraph schreibt ausdrücklich vor, daß der Reichstag das „Verlangen“ auf Freilassung nur bei „Untersuchungs- und Ewigsatz“ aussprechen darf. Bebel's Verurtheilungen sind criminelle.

Der Anshauer der „Deutsch. Allg. Ztg.“ entzogen behauptet der Thüringer Correspondent der „Volkszeitung“, daß die Freilassung Bebel's während der Dauer der Sitzungsperiode „selbstverständlich“ sei. Er sagt: „daß Bebel's Wiederwahl gesetzlich statthaft, darüber war kein Zweifel und kann kein Zweifel sein; — ebensowenig aber auch, daß er, wenn er gewählt wird, während der Reichstagsession aus seiner Haft entlassen werden muß, so lange die Session dauert. Es ist das nicht nur ein Recht Bebel's, sondern auch vor Allem ein Recht seiner Wählerschaft. In Bebel's Wiederwahl gesetzlich und statthaft, woran Herr Prof. Wiedermann nicht zweifelt, so hat er auch nothwendigerweise alle aus dieser Wiederwahl entspringenden Rechte und Befugnisse, Sitz und Stimme im Reichstag, in welchem er seine Wähler vertritt. Dem sächsischen Reichswahlbezirk (Glauchau, Merane etc.) daß Recht einräumen, Bebel zu wählen, ihn aber nicht in den Reichstag lassen, das wäre eine Komödie, unwürdig des Reichs wie des Reichstages. Daß in der Reichsverfassung nichts darüber erwähnt ist, ist erklärlich. Es gibt Dinge, die nicht gesetzlich festgestellt zu werden brauchen, weil sie sich von selbst verstehen. Zu diesen selbstverständlichen Dingen gehört auch, daß man einen legal gewählten deutschen Volksvertreter nicht im Käfig läßt.“

Uns scheint die Sachlage sehr einfach zu sein. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ und der Thüringer Correspondent der „Volkszeitung“ haben beide in ihrer Art recht. Die „Deutsche Allgem. Ztg.“, indem sie sich auf den Wortlaut der Reichsverfassung stützt, der von einer Freilassung aus der Straffhaft nichts weiß, der Thüringer Correspondent der „Volkszeitung“, indem er vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes und der Würde der Volksvertretung die Freilassung als „selbstverständlich“ ansieht. Nur darin hat Letzterer Unrecht, wenn er glaubt, in der Reichsverfassung sei nichts von einer Freilassung aus der Straffhaft erwähnt, weil sie „selbstverständlich“ sei.

Ach nein! Der Reichstag hat wirklich bei Abfassung der betreffenden Gesetzesparagraphen ein Stückchen „Komödie“ gespielt, wie es allerdings einer „Volksvertretung“ „unwürdig“ ist. War es dem Reichstag um seine „Würde“ zu thun, dann mußte er in §. 31 auch unbedingt den Fall der Freilassung aus der Straffhaft vorsehen, um so mehr, da bei all unsern Gesetzen von heute nicht der „Geist“, noch weniger der „liberale Geist“, an den phantasiervolle „Liberale“ noch glauben, entscheidet, sondern der Wortlaut. Und was hätte es dem Reichstag geschadet, wenn er jene Bestimmung aufgenommen hätte? Erstens steht ja doch in jedem einzelnen Falle dem Reichstage das Recht zu, zu entscheiden, ob die Freilassung stattfinden soll oder nicht. Zweitens ist die Freilassung aus der Straffhaft für die Wahrung des bestehenden Rechts weit weniger gefährlich als die Freilassung aus der Untersuchungshaft. Durch Freilassung aus Letzterer kann der Zweck der Untersuchung vereitelt werden, durch Freilassung aus der Straffhaft geschieht außer einer zeitweiligen Unterbrechung derselben nichts. Der Inhaftat hat nur das Vergnügen, die auf diese Weise erlangte Pause nachhaken zu müssen. Oder fürchtet

man bei Benützung einer solch zeitweiligen Freiheit für die Flucht? Das wäre lächerlich. Kein Mann von Ehrgefühl wird eine solche Gelegenheit benutzen, und sollte beispielsweise ein böser Sozialdemokrat so ehrergeizig sein, dann könnten sich die Gegner nur freuen. Wir wären den Mann für alle Zeiten los und er in den Augen seiner Gefinnungsgenossen moralisch ruiniert.

Die Bestimmung des §. 31 der Reichsverfassung, wonach ein Mitglied des Reichstags durch Letzteren aus der Straffhaft nicht verbannt werden kann, auch wenn es sich um kein ehrloses Vergehen handelt, dagegen eine Untersuchungshaft aufgehoben werden kann, selbst wenn der Betreffende ehrloser Handlungen angeklagt ist, ist ein Non sens, eine das Ansehen und die Bedeutung des Reichstags schwer kompromittirende Bestimmung.

Noch schlimmer steht es mit der Bestimmung des §. 95 des deutschen Strafgesetzbuches, auf Grund dessen dem Abgeordneten Bebel das Reichstagsmandat aberkannt wurde. Hierdurch wird die ganze Rechtsprechung zu einer Farce. Auf Grund dieses Paragraphen kann ein Reichstagsmitglied sein Mandat aberkannt erhalten, aber — es ist sofort wieder wählbar.

Setzt den Fall: Bebel wird wieder gewählt! Was dann? Dann wird in feierlichster Weise nach dem Grundsatz vox populi vox dei (Volks Stimme ist Gottes Stimme) entweder ausgesprochen, **das die Verurtheilung eine Ungerechtigkeitsurtheil war**, oder: das Volk erklärt sich mit dem Verurtheilten solidarisch, es spricht durch die Wiederwahl aus, daß die Handlung, wegen deren sein Vertreter angeklagt und verurtheilt wurde, **vollständig gebilligt wird**. Das schadet dem Ansehen des Reichstags, der solche Gesetze macht, und dem Glauben an das „Recht“, das solche Verurtheilungen zuläßt, und ist streng genommen eine Demonstration gegen die „kaiserliche Majestät“ in Person; man könnte sagen, eine Majestätsbeleidigung, gegen die kein Richter im „heiligen deutschen Reich“ das Geringsste einwenden kann. Was also für die Veranlasser dieses Prozesses ein Schade ist, ist für den Verurtheilten ein Triumph. So gräbt sich die Autorität ihr eigenes Grab.

Mag nun Bebel's Freilassung nach der Wiederwahl, die wohl Niemand bezweifelt, während der Reichstagsession gesetzlich zulässig sein oder nicht, — für uns, und sicher auch für die Majorität der Wähler des 17. sächsischen Wahlbezirks ist das gleichgültig. Sie werden ihn wiederwählen, nicht weil er „vielleicht“ freikommt, sondern trotzdem, daß er wahrscheinlich nicht frei kommt. Sie werden sich nur freuen, wenn der Reichstag „deutscher Nation“ der Welt das Schauspiel giebt, einen mißliebigen Volksvertreter im „Käfig“ sitzen zu lassen, weil er — die Wahrheit gesagt.

Herr Bernstein, der „Maggid“.

Die Berliner „Volkszeitung“, die von Zeit zu Zeit das komische Vordrängen sich vor der Welt lächerlich zu machen, bringt in den Nummern von Ende August mehrere Leitartikel unter der Ueberschrift: „Die Regierungen und die soziale Frage“, worin sie über die „Internationale“ folgende heitere Enthüllungen macht:

„Der sogenannte „Internationale Arbeiter-Verein“ ist faktisch ein Verein von Demagogen, welche gar keine anderen Zwecke im Auge haben, als sich unter dem Schutze der Freiheit in England recht gescheit zu machen in allen Ländern, wo man ihr Treiben für sehr gefährlich hält. Nach unserer Uebersetzung besteht der Verein zur größeren Hälfte aus Polizei-Spionen, welche einige enthusiastische Gimpel von Weltverbessern in ein Demagogen-spiel hineinziehen. Sie geben sich den Anschein, alle Länder der Welt zu repräsentiren und Besuche auszusprechen zu können, welche Hunderttausende von Arbeitern unbedingt besorgen. Sie führen fingirte Listen über eingebildete Mitglieder und thun so, als ob sie an der Spitze einer gewaltigen geheimen Gesellschaft ständen, welche auf Kommando die Welt in Brand setzen würde. In Wahrheit aber existiren diese großen Weltumwähler nur kümmerlich von den Brojamen, welche junge unerfahrene Menschen ihnen hin und wieder als „Beiträge zu großen Zwecken“ zuwenden, und verlungen diese Spenden in **Spezialen**, wo sie vorgeblich „Sitzungen“ halten und im Namen der Arbeiter aller Länder „Beschlüsse“ fassen. — Die bedeutendste Rolle spielen in diesen **Spezialen** die Polizei-Spione, welche über Alles an ihre Soldgeber berichten; aber im eigenen Interesse die Dinge furchtbar übertreiben und so thun, als ob sie gefährlich gefährliche Verschwörungen gegen die ganze Gesellschaft enthüllten.“

„Diese Sorte von Individuen sind die Ueberreste und Nachfolger der ehemaligen „Bande“, die in den Zeiten, wo man bei uns „Verschwörungen und Enthüllungen“ im Interesse der politischen Reaktion spielte, von den geheimen Polizei-Fonds lebte. Jeder dieser Sorte war „Verschwörer“, „Verschwörer“, „Verführer“ und „Enthüller“ zugleich. Mit ihren Berichten dienten sie sogenannten Staatsmännern, die schlau oder bornirt genug waren, ihnen glauben zu wollen oder wirklich zu glauben, wenn sie politische Prozesse brauchten, um „Staats- und Gesellschafts-Rettung“ durch eine reaktionäre Gesetzgebung auszuführen und verfassungsmäßige Rechte des Volkes zu vernichten. Seitdem diese Sorte Politik ihr Ende erreicht hat, macht die Bande nicht mehr „politische“, sondern „sozialistische“ Verschwörungen fertig und sorgt durch „Berichte“ dafür, daß sie von Schwachköpfen und Geheimpolizisten als gefährliche Erscheinung ausgeschrien wird. Diese Bande wäre leicht in ihr Nichts zurückgeschleudert, wenn die Regierungen rundweg den Beschluß fäßen, keinen Heller für „Enthüllungen“, dieser „Verschwörungen“ auszugeben. Die Gimpel, welche hier und dort noch einige Geldbeträge für die großen sozialen Zwecke liefern, würden gleichfalls

bald wahrnehmen, daß sie zum Narren gehalten werden. Die ganze Bande von demagogischem Lug und Trug würde am Hunger zu Grunde gehen.“

„Uebrigens muß man sich in unserer Zeit das Eine klar machen, daß „geheimen Verbindungen“ aufgelöst haben gefährlich zu sein. Wir leben in einer Zeit, wo sich mannigfache Gefahren in den Bewegungen des Volkslebens entwickeln können. Irrige Vorstellungen, verkehrte Theorien, demagogische Aufreizungen unweiser Massen sind möglicherweise im Stande, bei großen Erschütterungen bestehender Zustände eine gelegentliche Gefahr wachzuufen. Eine solche gelegentliche Gefahr war die Wirksamkeit der Kommunalen in Paris. Wer jedoch die Prozesse aufmerksam verfolgt, welche das Treiben der Kommune vor dem richterlichen Urtheil hinhaltet, wird leicht die lehrreiche Wahrnehmung, daß auch nicht eine einzige Unthat, deren sich die unseligen Kommunalen zu Schanden kommen ließen, auf Grund von geheimen Beschlüssen vollführt worden ist. Verwirrung, Evidenz, Fanatismus, wilde Aufregung, Thorheit und verbrecherische Nebenwede haben eine offene Rolle gespielt und eine unweissende, sanftmüthig aufgeregte Bevölkerung hingerricht. Von geheimen, planmäßig durchgeführten Verschwörungen auf Befehl von Führern vollbrachte Ereignisse zeigt sich keine Spur und am allerwenigsten hat jene **Bande in London**, die noch immer so thut, als ob sie geheime Werkzeuge ihres Willens bestübe, irgend welchen satanischen Einfluß auf die Gräueltaten in Paris gehabt.“

„Der sogenannte „geheimnisvolle internationale Arbeiter-Verein“, der in London soziale Verschwörungen ausbrütet, ist eine Chimäre, die man ruhig ihrer Nichtigkeit überlassen kann.“

Herr Bernstein erklärt also zunächst, daß die „Internationale“ „faktisch ein Verein von Demagogen sei, welche u. s. w.“; was in der ersten Sekunde bei ihm „faktisch“ war, gestaltet sich in der zweiten zu einer anderen „Uebersetzung“: aus dem lauten „Demagogen“ wird nämlich jetzt eine „größere Hälfte“, die „aus Polizeispionen besteht“ und aus einer Minorität von „enthusiastischen Gimpeln von Weltverbessern.“ Herr Bernstein hat von alledem „Uebersetzung“ und seine Haupt-„Uebersetzung“ besteht darin, daß „jene Bande in London“, am allerwenigsten irgend welchen satanischen Einfluß auf die Gräueltaten in Paris gehabt hat.“ Also weil die Internationale nicht Schuld ist an den „Gräueltaten“, darum ist sie eine „Bande von Polizeispionen“ und „Gimpeln.“

Dies mag genügen zum Beweis, daß „die Bande“ der „Volkszeitung“ am Ende ihres Lateins ist, und daß überhaupt „die Bande“, die zeitweises par ordre du Mufti — wie Herr Bernstein — für's liebe Geld an jedem Tage einen „Leitartikel“ schreibt, schließlich verrückt werden muß. Wie wäre es sonst zu erklären, daß ein Mann wie Bernstein, der auf dem Gebiete der populären Naturwissenschafts-Schriftstellerei sich ehemals nützlich gemacht hat — es braucht nicht verhehlt zu werden, daß Passalle in seinem gerechten Angriff („Bastiat-Schulze“), zum Schanden der von ihm so energig verfochtenen Sache, zu weit gegangen ist, indem er Bernstein wie einen absoluten Ignoranten behandelte —, wie wäre es sonst zu erklären, daß dieser Mann, der sonst in so vielen Dingen geschickt war, einen Blödsinn, wie er in dem citirten Artikel steckt, in die Welt schleudert. — Von der denunziatorischen Gemeinheit, die aus jeder Zeile spricht, wollen wir gar nicht reden. — Sie ist nichts gegen das, was sich „die Bande“ seinerzeit im Verdächn und Lügen gegen Passalle erlaubt hat. Auch jedes Wort zur ernstlichen Widerlegung des Artikels würde den komischen Effekt desselben nur beeinträchtigen. Darum übergeben wir Herrn Bernstein mit froher Laune dem Gelächter der „geheimen“ „Bande“ und gedenken bloß noch mit wenigen Worten seiner Betrachtungen der heutigen Zustände:

„... Auf dieser (nämlich: der demokratischen Idee) fußt faktisch (siehe oben „faktisch“) der neue Zustand des deutschen Reichs.“

Und 15 Zeilen später:
 „Auf der einen Seite steht noch die ganze Gesellschaft in der von Alters her gewohnten Anschauung des Vorrechtes, welchen Stand und Besitz verleiht. Das Gesetz hat freilich die Vorrechte eines Standes vor dem anderen abgeschafft; aber die sogenannten höheren Stände sind in der Lage, sich durch Bildung und Wissen eine Stellung anzueignen, welche dem sogenannten niederen Stand nicht möglich ist. Es ist wahr, daß nicht mehr die adelige Geburt ein Vorrecht erzeugt; auch leben wir unter Gesetzen, welche — mit Ausnahme des Drei-Klassen-Wahlgesetzes — den Reichen kein (1) Vorrecht vor den Armen einräumt. Dafür aber ist die wissenschaftliche Bildung ein starkes Mittel, die Stellung in der Gesellschaft zu verbessern. Indem sich nun die bisherigen sogenannten „höheren Stände“ viel leichter einen höheren Bildungsgrad aneignen können als die Armen, sind sie trotz des politischen Gleichheit doch im sozialen Vorrecht.“

Nun sagt Einer noch, daß Bernstein nicht weiß, was „faktisch“ heißt!

Politische Uebersicht.

Die Götzen von Fleisch oder Erz zu zerbrechen, ist eine Beschäftigung, gegen welche die Sozialdemokratie als Segnerin eines jeden Cultus, gewiß am wenigsten etwas einzuwenden hat; und die Wahrheit in Bezug auf geschichtliche Charaktere herstellen, den Heiligenschein der Volksmythe von den Häuptern der Lebenden wie Ideen abstreifen, ist unstrittig ein nützlich Unternehen. Zu den Männern, an denen sich die mythenbildende Kraft des deutschen Volkes mit besonderer Vorliebe bethätigt hat, gehört Robert Blum. Er gilt dem Volk für einen Republikaner und war doch nur ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie; er gilt dem Volk für den Ritter ohne Furcht und Tadel der Revolution von 1848 und war doch Einer von denen, die durch ihre Halbheit und Ver-

*) „Bögele, der Maggid“ — lautet der Titel einer von Herrn Bernstein vor vielen Jahren geschriebenen Erzählung. „Maggid“ heißt „Prediger“, aber auch „Schwäger“.

mittlungssucht zu dem Misserfolg der Revolution von 1848 beitragen. Die deutsche Demokratie hat sich in dieser Hinsicht niemals Täuschungen hingeben, und wenn sie trotzdem das Andenken Robert Blums feierte, so geschah es, weil er die Schwächen seines Lebens durch seinen heldenmütigen Tod gesühnt hat. Aus Achtung vor dem Robert Blum der Brigittenau hat die deutsche Demokratie die Blößen des Robert Blum der Frankfurter Parlamentsposse pietätvoll bedeckt.

In diesen Tagen hat ein Jemand sich berufen gefühlt, mit unerbittlicher Hand die Schwächen des Mannes zu enthüllen, die übermächtige Bewunderung, welche ihm bisher von der gutmütigen Menge gesendet ward, in das entgegengesetzte Gefühl zu verwandeln. Er zieht Briefe an die Öffentlichkeit, welche allerdings geeignet sind, eiskaltes Wasser auf die Begierde zu gießen. In einem dieser Briefe, der aus Frankfurt im April 1848 datirt ist, heißt es: „Struve und Hecker sind wahre Viehkerls, rennen durch die Wand wie geschlagene Ochsen und haben uns den Sieg furchtbar schwer gemacht. Aber wir haben gesiegt in Allem.“ Daß Robert Blum die Republikaner Struve und Hecker „Viehkerls“ nennt, die wie „geschlagene Ochsen durch die Wand rennen“, muß freilich den Glauben an den Republikanismus Robert Blums ebenso gründlich umstoßen, wie die Behauptung, „wir haben gesiegt in Allem“, zusammengehalten mit dem jämmerlichen Fiasko der Frankfurter Staatschwärmer, den Glauben an Robert Blums politischen Scharfblick. Ein zweiter Brief vom 2. August 1848 wird mitgeteilt, in welchem wir lesen: „Vorgertern war ich mit meinen Leuten in Heidelberg, wo wir uns wieder einmal Erfrischung geholt haben, die wir bei dem trostlosen Zustande und der entsetzlichen Richtung der Frankfurter Nationalversammlung so sehr bedürfen. Es war ein Seitenstück zu der Bälzer Reise, nur mußten wir den Jubel mehr mit Hecker theilen, denn auf jedes Lebehoch auf uns oder irgend etwas folgte gewiß eins auf Hecker.“ Das Verdammungsurtheil über die Frankfurter Nationalversammlung 4 Monate nach dem: „wir haben gesiegt in Allem“, verbunden mit dem neidischen Uebelwollen gegen den Republikaner Hecker, der damals wenigstens der ächte Repräsentant der handelnden Revolution war, so kläglich er auch seitdem Schiffbruch gelitten hat und in Folge seiner Unklarheit Schiffbruch leiden mußte, — ist wiederum ein recht häßliches Bild und im schneidendsten Kontraste mit den Vorstellungen des Volks.

Doch, wie schon gesagt, die deutsche Demokratie erfährt damit nichts Neues. Aber sie hatte das Opfer der Habsburger Standrechtsbestien amnestirt. Darum ist es auch kein deutscher Demokrat, der diese vernichtenden Briefe graufam ans Licht gezogen, kein demokratisches Blatt, das sie in seinen Spalten zu Tag gefördert hat. Nur grimmiger Haß auf die Demokratie, nur fanatische, aus persönlichen Gründen allein zu erklärende Wuth auf den Robert Blum der Volksüberlieferung, konnte den Angriff auf den Liebling des deutschen Volkes eingeben. Und so ist es auch. Das Blatt, welches die tödtlichen Attenstücke veröffentlicht hat, es sind die „Grenzboten“, wie die Hand, welche den mörderischen Stahl gerichtet hat gegen die politische Ehre Robert Blums — die Hand seines Sohnes ist! —

Erdrückt von dem Gewicht des Namens seines Vaters, in toller Selbstsucht bloß an das eigene Ich denkend, taub für die Stimme der Kindesliebe, will der Sohn seinem Vater den guten Namen abschneiden, will er dem Volk zeigen, daß der Robert Blum, den er im Schrein des Herzens trägt, in Wirklichkeit nicht besser war als der Hans Blum, auf den es — voll mit den Fingern weist — will der Sohn den Vater herabziehen von dem hohen Postament, auf dem er in der Geschichte steht, herabziehen zu sich — in die Gasse!

Weg da mit der freolen Hand! Robert Blum ist kein Hans Blum, Robert Blum gehört nicht dem Hans Blum, er gehört dem deutschen Volk; — Robert Blum bleibt, was er war, trotz alledem; und Hans Blum bleibt, was er war — bloß ist das Brandmal an der Stirn etwas röther und breiter geworden. —

Das „Leipziger Tageblatt“ schreibt (natürlich ohne Quellenangabe, wie 10 seines Inhalts) aus einem Schwesterblatt ab:

„Die rothe Internationale organisiert (!) in England einen Strike nach dem anderen. Inzwischen werden vom Londoner Generalrath große Vorbereitungen für den am 2. September im Haag zu eröffnenden Congress getroffen. Es sollen, wie englische Blätter berichten, bei dieser Gelegenheit Veränderungen von Bedeutung in der Organisation zur Erörterung kommen, welche u. A. bezwecken, der Gesellschaft auf dem Continent einen heimlicheren (!) und mehr revolutionären Charakter zu geben. Es werden Delegationen aus Amerika, Australien, Indien, Irland, England und aus allen Theilen des Festlandes erwartet, eine Ankündigung, die übrigens mit der nöthigen Vorsicht aufzunehmen ist, wie die meisten hochtrabenden Redensarten, durch welche sich die Internationale mit dem Nimbus einer gewaltigen Weltmacht zu umgeben sucht. Für die englische Regierung wird die angenehme Mittheilung bei dieser Veranlassung gemacht, daß in Irland eine äußerst rührige Propaganda in Gang gebracht werden soll.“

„Dem römischen „Fanfulla“ wird von Genf aus geschrieben: „Einige einflussreiche Mitglieder der Internationale glauben, — ob mit Recht oder Unrecht? — daß Karl Marx der geheime Agent einiger, (bloß „einiger“?) Regierungen zum Schaden der Internationale sei. Sie haben deshalb den zukünftigen Entschlüsseungen des Congresses im Haag im Voraus allen Berath abgeprochen und einen anderen Congress aufgeschrieben, der zu Neuchâtel am 2. September gehalten werden soll.“ Auch in London soll am 16. September eine Oppositions-Versammlung stattfinden.“

Der „Kaiser“-Enthusiasmus muß am Freitag herzlich dürrig ausgefallen sein, da das pandorussische Blatt am Tage nach der Durchfahrt des Helbengreises durch Leipzig statt mit einer Beschreibung der erwarteten „Oronation“, mit solchem Blödsinn seinen Lesern aufwartete. Die Internationale hat mit „Strike-Organisation“ zu schaffen, wie der Scheeren-Redakteur des „Tageblatts“ mit „Journalistik“, und Heimlichkeitsstuererei ist der Internationalen in demselben Maße eigenthümlich, wie Herrn Plittner die Reizung, offen zu sein. Mit dem Nimbus einer gewaltigen Weltmacht „suchen“ bisher nur die Segner der Internationalen diese zu „umgeben“, die Internationale selbst hat nie „in hochtrabenden Redensarten“ von sich gesprochen. Was das Jesuiten-Pfaffenblatt „Fanfulla“ anbelangt, dessen die Bakunisten sich zu ihren schmutzigen Intriguen nun zu bedienen scheinen, so weiß alle Welt, daß die Blätter dieser Sorte nur von schlecht erfundenen Wigen leben;

und die Londoner „Oppositions“-Versammlung besteht aus unzufriedenen Communesflüchtlingen, die trotz der lehrreichen Vergangenheit, die sie hinter sich haben, noch eine tüchtige Portion Chauvinismus und „Preussien“-Haß, aber sehr wenig Verständnis für die Nothwendigkeit einer wenn auch humanen Disziplin besitzen. —

Man schreibt uns aus Petersburg: „Wie die regierenden Herrschaften einander zuvorkommen: Rußland hat Preußen erlaubt, obgleich Beide zum gegenseitigen Krieg präpariren, in Petersburg, Koslau und Kiew je einen Arzt zu ernennen, der die dortigen deutschen Reichsbürger auf ihre Militärfähigkeit untersucht.“

Kaiser sind doch stets schlau: sie verstehen sich mit bloßem Augenzwinkern.“

m. Breslau, den 30. August 1872. Sie schließen Ihren Artikel IV. über Bakunin mit den Worten: „Hätte uns Herr Bakunin nicht versichert, daß er alle Staaten, also auch den russischen, abzuschaffen wünscht, um die negative Macht des Proletariats herzustellen, wahrlich mir müßten ihn nach obigen Aufzeichnungen für einen Schweifwedel des Czaren halten.“ —

Sie sollen nun meine „Erfahrungen“ über Herrn Bakunin wissen. Ich lernte ihn 1848 in Breslau kennen, wo er bald in die demokratische Partei aufgenommen wurde und in derselben auch eine gewisse Rolle spielte, wenn auch nicht gerade öffentlich. Ich schöpfte schon bald Mißtrauen gegen Bakunin, als dieser vom Slavencongress in Prag zurückkehrte, an dem er nicht als Demokrat, sondern als Vertreter des Pan-Slavismus theilgenommen hatte. Als solcher rellamirte er damals auch Schlesien für den unter Rußland herzustellenden Pan-Slavismus, da Schlesien früher zu einem Slavenreiche gehört habe!! — Der „Demokrat“ Bismarck argumentirt genau so für Elsaß und Lothringen. —

Die damalige „Neue Rheinische Zeitung“ brachte auch später eine öffentliche Warnung vor Bakunin, der in der revolutionären Partei doch nur ein Agent Rußlands sei. Diese Warnung brachte die demokratische Partei in Breslau ganz in Harnisch. Ich wurde damals beredet, als Correspondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Bakunin verteidigend mich an die Redaktion zu wenden. Ich schrieb in diesem Sinne an den mir persönlich bekannten Mitredakteur, den sogenannten Kasmatten-Wolff. Ich erhielt von diesem als Antwort: „Lieber Freund! Welcher Reactionär hat Dir denn beim Schreiben in die Ohren geblasen. Die Redaktion veröffentlicht keine Warnung, ohne sich vorher überzeugt zu haben. Willst Du aber die schriftlichen Beweise selbst einsehen, so wende Dich an die George Sand (Gräfin Dudevant); von der haben wir sie.“ —

Sie sehen, es hindert wohl nichts, den Bakunin in der revolutionären Partei als schweifwedelnden Agenten Rußlands resp. des Czaren zu halten.

Bakunin erhielt die Antwort zur Kenntnignahme, er unternahm nichts zu seiner Rechtfertigung, er verschwand bald darauf aus Schlesien und zwar — nach Rußland. Von da kehrte er zurück, um s. Z. auf einmal öffentlich eine Rolle im Mai-Aufstande in Sachsen zu spielen. —

Wir war seine Gefangennahme, sein Richterschoffenwerden, seine Auslieferung an Rußland und endlich die glückliche Flucht aus Sibirien schon damals sicher.

Danzig, 22. August. (Stiebereien.) Zum Strike berichtet die „Danziger Zeitung“ Folgendes: Gestern wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft bei den Vorstehern des Ortsvereins der Schiffszimmerer angebahnt nach Drohbrieffen Hausdurchsuchung gehalten, wobei sämtliche Papiere des Ortsvereins bis auf die Kassenbücher mitgenommen wurden. — Heute Vormittag wurden von einigen Polizeibeamten auf der Straße Briefe confiscirt, in welchen die Holzschieber und Schiffsktauer von dem Beschluß der gestrigen Versammlung in Kenntniß gesetzt werden. —

Braunschweig. Die „Freiheit“ im „Neuen Reich“. Der „Braunschweiger Volksfreund“ bespricht unterm 30. August eine am 26. desselben Monats den Einwohnern in Erinnerung gebrachte politische Verordnung, wonach die Nichtnachehaltung der „Polizeistunde“ (11 Uhr Abends) mit bis 5 Thlr. Strafe gegen die Gäste und mit bis 14 Tagen Gefängniß gegen die Wirthe von Restaurationen geahndet werden soll. Der Braunschweiger Polizeidirektor, welcher sehr gut weiß, daß die meisten Arbeiter erst spät Abend ins Wirthshaus gehen können, will durch jene kleinliche Maßregel offenbar die sozialistische Vereins- und Versammlungs-Propaganda beschränken, — eine Chilane, die dem Braunschweiger „Staat“ nur den Segen der Lächerlichkeit einbringen kann, den ihm die Anexionisten von Herzen gönnen. —

Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Nachdem laut Nr. 65 und 68 des „Volksstaat“ der Ausschuss in Chemnitz und die Control-Commission in Regensburg sich constituirt haben, so wird die Ueberführung der Gesetze laut § 14 unseres Statuts nach dem Vorort Chemnitz am 1. October d. J. erfolgen.

Einige Einwendungen dagegen müssen, genügend motivirt, bis spätestens 22. Sept. d. J. dem zeitigen Ausschuss § 5 des Unterzeichneten zugehen, da spätere Reclamationen nicht berücksichtigt werden können.

Um die Bücher, Belege und Kasse klar, übersichtlich und vollständig abgeschlossen dem neuen Ausschuss überzenden zu können, ist es notwendig, daß sämtliche Mitgliedschaften für diesmal bis 25. Sept. die Abrechnungen und Gelder einsenden. Sämliche werden unanfechtlich im „Volksstaat“ genannt werden; thue daher Jeder seine Schulpflicht.

In Bremen ist an Stelle Aug. Kühn's Carl Kühn als Bevollmächtigter gewählt. Adresse: Wegesende 8 bei Reddermann. Berlin, den 29. August 1872.

Mit Brudergruß und Handschlag
Für den Ausschuss:
A. Reimann,
Geschäftsführer, alte Jacobstr. 6.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. Da laut Statut der Ausschuss sämtliches Inventar bei Uebergabe an einen andern Ort residiren muß, auch ihr damaliger Vorsitzender Herr Carreben bei unserer Zusammenkunft in Erfurt versprochen, das sämtliche Material zur Revision zuzuschicken, so fragen wir hiermit an, warum dies noch nicht geschehen ist? Um allen Mitgliedschaften gerecht zu werden fragen wir weiter an: Welche Mitgliedschaften haben Beiträge eingeschickt und wie viel? Wie hoch sich also Einnahme und Ausgabe belaufen in einzelnen Posten und in der Gesamtsumme. Die viel sind Statuten und Stempel verschickt

worden und wohin? Ueberhaupt verlangen wir einen vollständigen Bericht über die ganze Thätigkeit und Wirksamkeit des Verwaltungsraths Ründerg und Führt, der die Mitglieder und Mitgliedschaften stets zu reger Theilnahme für unsre Bestrebungen ermahnte und die Beamten aufforderte, gewissenhaft ihre Pflicht zu erfüllen.

Wären nun die betreffenden Personen des ehemaligen Verwaltungsraths zeigen, in wie weit sie ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan haben, und sich auf diese Aufforderung hin den Mitgliedschaften gegenüber öffentlich rechtfertigen.

Berichtigten müssen wir noch, daß die Kassirer und nicht die Bevollmächtigten die Beiträge und Mitgliedsbeiträge einzureichen haben, wie es in Nr. 69 angegeben ist.

Der Ausschussrath.
Dresden. In Nr. 69 des „Volksstaat“ befindet sich ein, im Auftrage der Schuhmacher Berlins und mehrerer (?) großer Städte mit S. Kurin und H. Kühn unterzeichneter Aufruf an alle Schuhmacher Deutschlands, Deutsch-Österreichs und der Schweiz, in welchem zu einem Congreß der Schuhmacher (Gesellen und Kleinmeister) eingeladen wird.

So sehr die Beethätigung der großen, indifferenten Masse an der Arbeiterbewegung der Banisch eines jeden braug-sinnigen Collegen sein muß, so notwendig es ist, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Ausflüchtung und Einigung zu Stande zu bringen, so sehr ist es zu bebauern, daß durch einseitiges Vorgehen die tüchtigsten Kräfte ignort und die Gefahr neuer Spaltungen heraufbeschworen wird.

Es ist den Berliner Collegen nicht bewußt, daß die Internationale Schuhmacher-Gewerkschaft besteht, deren Hauptzweck es ist, Unterstützungskassen zu gründen, um durch sie eine Schutzwehr gegen das Großkapital herzustellen? Und wenn die Schuhmacher Berlins es wüßten, warum hielten sie sich fern? Wir wissen nur zu gut, daß, so groß auch die Zahl der Berliner Schuhmacher ist, nur der kleinste Theil von ihnen so viel Klassen-Bewußtsein hat, um operirend in die Reihen der für Menschenrecht und Menschenwürde im Kampfe stehenden Genossen einzutreten. Aber wenn es auch nur 200 Mann sind, denen ein Herz für das Wohl ihrer Mitbrüder schlägt, warum haben sich dieselben noch nicht organisiert und angeschlossen?

Wir wünschen den Veranstaltern des in Aussicht genommenen Congresses alles Glück und recht gute Beethätigung; bedauern aber, daß es die Berliner Collegen bis heute nicht für nöthig hielten, sich der Schuhmacher-Gewerkschaft anzuschließen, hoffen wir, daß es bald geschehe. Noth lehrt beten.

Schuhmacher! Freunde und Brüder allerorts! Organistirt Euch Schließt Euch als Brüder Euren Brüdern an; es ist Eure Pflicht, mit sorgen zu beten; gründet Kassen, welche dem unverschuldet im Glende leuzenden Mitbrüder Hilfe bringen können.

Wollt Ihr noch länger gleichgültig alle Eure Jugendkräfte für ein elendes Dasein opfern? Nein! das thut Ihr nicht, das dürft Ihr nicht wollen, wenn Ihr noch fühlende Menschen seid. Darum noch einmal, organisirt Euch! schließt Euch der Gewerkschaft an.

Alle frankirten brieflichen Anfragen zum Zweck der Organisation werden gewissenhaft beantwortet und sind zu adressiren an Heinrich Bilger, Dresden, Reibbahnstr. Nr. 5.

Leipzig, 2. September. Die Böttcher der Schloßbach'schen Spiritfabrik haben die Arbeit eingestellt. Haltung gut. Zugang fern zu halten. Das Nähere in nächster Nummer. — Diese u. s. w. sind zu senden an das Comité Sternwartenstraße 18, woselbst sich die Böttcher-Herberge befindet.

Chemnitz. Am 25. August fand eine ziemlich besuchte Versammlung von Spinnern und Strumpfwirkern aus Chemnitz, Wittgensdorf, Köthensdorf, Leutersdorf, Altdömnitz, Erfenschlag, Altdorf, Ober- und Niederaltendorf und Schöndönnau statt. Nachdem Bahleitz einen einleitenden Vortrag über die Lohnverhältnisse gehalten, sprachen noch Kreher, Wendler sen., Bochmann, Meinig, Eiert, Frieden, Löser, Herrmann und Kurich. Es wurde zur weiteren Verfolgung der Interessen obengedachter Branchen ein Komitee gewählt und eine Resolution angenommen, nach welcher es allen Spinnern und Strumpfwirkern zur Pflicht gemacht wurde, der Gewerkschaft der Rannfaturarbeiter beizutreten und zur Aufstellung von Statuten über die Lohnverhältnisse in den einzelnen Fabriken beizutreten. („Chemnitzer Freie Presse.“)

Nürnberg, 30. Aug. Wie bereits gemeldet, erwarteten wir schon seit längerer Zeit den Besuch des Berliner „Harmonie“-Doktors Max Hirsch. Endlich nach langem, bangem Warten und nach dem wir schon geglaubt, der Herr Dr. werde uns am Ende gar nicht mit seinem Besuche beehren, laien wir vorgestern im hiesigen „Kurier“ eine kleine Annonce, nach welcher Herr Dr. Hirsch für gestern Abend einen Vortrag über die soziale Frage mit Bezugnahme auf die Bestrebungen der Gewerkschaften und die Einrichtung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern halten würde. Boriges Jahr hatten die Herren Gewerkschaften die Anwesenheit ihres Annalis durch Aufschlagen von großen Plakaten bekannt gegeben; dieses Jahr wollten sie uns in Andetracht unserer bedauernd gestiegene Uebermacht offenbar überrumpeln und beschränkten sich deshalb bloß auf die Bekanntgabe im „Kurier.“ Ihre eigenen Leute ließen sie durch eine alte Frau mündlich einladen. Durch unsere lokale Parteidirecte aber waren wir in den Stand gesetzt, sofort Plakate drucken lassen zu können, durch welche unsere Leute sowie die Mitglieder der internationalen Gewerkschaften aufgefordert wurden, zur rechten Zeit auf dem Bahnhofe zu sein. Dies verfehlte denn auch seine Wirkung nicht. Adenos 8 Uhr waren die mächtigen Räume des hiesigen Hofes bereits an allen Punkten von Sozialdemokraten besetzt, und zwar in solcher Masse, wie wir selbst nicht vermuthet hatten. Wie gewöhnlich hielten es die Herren unter ihrer Würde, ihr Bureau wählen zu lassen.

Herr Verbandsvorsitzend Küffel eröffnete die Versammlung und erteilte ohne Weiteres Herrn Dr. Max Hirsch das Wort. Nun ging aber der Sturm los; von allen Seiten ertönte es: „Bureau wählen!“ Ganz während hierüber, suchten sich die Herren dieser Anforderung zu entziehen, allein es nützte ihnen Nichts. Auf Anrathen des Herrn Hirsch wurde abgestimmt, ob ein Bureau gewählt werden solle oder nicht. Die hierbei zu Tage tretende überwiegende Majorität, (mindestens 2/3 der Anwesenden) stimmte die Herren Harmoniker sofort so um, daß sie kein Bureau wählen und das Bureau ungehindert wählen ließen.

Er wurden zwei von den Unsrigen und zwei von den Hirsch'schen gewählt. Hagenbauer präsidirte. Nun begann der Vortrag. Derselbe brachte für uns nichts wesentlich Neues. Es war die alte Leier von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Bestrebungen der Sozialdemokraten, meinte der Herr Doktor, liefen darauf hinaus, Alles bestehende auf dem Kopf zu stellen, das Privateigenthum abzuschaffen und den Communismus einzuführen. Dabei gestand Herr Hirsch aber doch zu, daß wir auf dem Boden der Wissenschaft ständen, resp. Freunde der Wissenschaft seien, und daß unsere größten geistigen Capacitäten als Marx und Lassalle bloß durch die Fälschung des Ricardos'schen Lohngesetzes, von dem sie das Wort „gewöhnheitsgemäß“ weggelassen hätten, auf einen falschen Standpunkt gerathen seien. Zugleich suchte er nachzuweisen, daß es bloß auf den Arbeiter selbst anläme (!!!) andere Lebensgewohnheiten anzunehmen, um dadurch seine Lage zu verbessern.

Zum Schluß wurde der Herr Doktor noch sentimental und ermahnte uns, die Frage bezüglich der Einigungsämter nicht als Partei-sondern als allgemeine Menschenfrage zu behandeln und zur Errichtung derselben mit beitragen zu ja, besonders, da ja unser Parteigenosse Odger in England ebenfalls für Schiedsgerichte sich ausgesprochen habe; der Herr Doktor berief sich hierbei hauptsächlich auf die neueste Broschüre Dr. Ventano's.

Als Gegenreferent trat Parteigenosse Remminger auf und wies dem Harmoniedoktor mit beizender Schärfe seine Widersprüche und die Unhaltbarkeit seiner ganzen Theorie nach. Besonders war es der Punkt bezüglich der gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse der Arbeiter, welcher Remminger veranlaßte, Herrn Hirsch in's Gesicht zu sagen, daß, wer solche Sätze aufstelle, wählch nicht gekommen sein könne, die Arbeiter zu beehren, sondern sie zu verhöhnen. Stürmischer Beifall folgte auf diese Beweisführung. Remminger ging hierauf auf den politischen Standpunkt der Arbeiterpartei über, wies besonders den Vorwurf Hirsch's zurück, daß die sozial-demokratische Partei ihr Hauptgewicht auf Injenzierung von Strikes lege und bemerke, daß es unsere Hauptaufgabe sei, unsere Mitglieder zu selbstbewußten Staatsbürgern zu erziehen, welche im Stande seien, dereinst das ganze Gebäude der heutigen, faulen Gesellschaft umzuformen und an ihre Stelle das Prinzip der politischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Brüderlichkeit zu setzen. Mit seiner kritischen Beleuchtung der Fortschrittspartei und deren Thätigkeit bei Zustande kommen des Kaiserpflicht-

gesetz und bei Beratung der indirekten Steuern schloß Remminger unter allgemeinem nicht endemwollenden Beifall. — Nachdem hierauf ein ehemaliges Mitglied des Gewervereins der Metallarbeiter eine bittere Klage wegen Vorenthaltung der statutenmäßigen Unterstützung geführt, und derselbe von einem Vorstandsmitglied zum Schein widerlegt worden war, sprach nochmal Herr Dr. Hirsch gegen die ihm gemachten Vorwürfe, wurde dabei aber mehrmals von dem Hohnge-lächter und von Entrüstungsrufen der Versammlung unterbrochen; und als er auf die „Greuelthaten“ der Kommune hinwies, ließen sich in der höchlichst erschrocken Versammlung Ausrufe des Entsetzens vernehmen.

Nachdem noch Löwenstein, Baumann, Hagenbauer und Remminger gesprochen, und die Uhr bereits über 12 Uhr zeigte, ließ bei dem letzten Hirsch-Duncker'schen die Aufregung und die Unruhe so stark, daß der amnestierende Kommissar die Versammlung für geschlossen erklärte. Herr Doktor Max Hirsch aber wird es sich vergehen lassen, so schnell wieder nach Nürnberg, seinem Centralagitationspunkt für Bayern, zu kommen, um die Arbeiter zu beschwören; denn die geistige Versammlung muß ihm gezeit haben, daß er hier den Boden verloren hat.

Berlin, 31. August. In Sachen des Pflug'schen Maschinenbauarbeiters riefes wurde von dem am Mittwoch, den 28. d. versammelt gewesenen Maschinenbauarbeitern folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt nach genauer Prüfung der Sachlage“ den Streik in der (hemals Pflug'schen) Fabrik für vollständig ungerichtet. Diese Erklärung war vorauszusetzen. Wie sollte man auch erwarten, daß die Fabrikanten „nach genauer Prüfung der Sachlage“ den Streik der Arbeiter für gerecht erklärt könnten, und zwar vollends, nachdem der Direktor der besagten Fabrik, der Land- und Reichstagsabgeordnete v. Unruh, die Unmöglichkeit einer Schwärzung der Dösbende gegenüber den Forderungen der Arbeiter betont hatte. Als ein weiteres Resultat der „genauen Prüfung der Sachlage“ ist die unter dem Vorsitz des Herrn v. Unruh beschlossene Gründung eines „Vereins von Vertretern der Metall-Industrie Berlins und Umgegend“ zu betrachten. Zweck des Vereins sind u. A.: 1) Die Wahrung der Interessen der Fabrikbesitzer gegenüber den Arbeitern. 2) Jedes Mitglied verpflichtet sich bei einer Konventionsstrafe von 50 Thalern seinen Lehrling oder Arbeiter ohne ein ordnungsmäßiges Attest von seinem letzten Arbeitsherrn in Arbeit zu nehmen. 3) Bei Ausbruch irgend eines Streikes ist der Vorstand verpflichtet, sogleich eine Kommission zu ernennen, die zu untersuchen hat, ob der Streik gerechtfertigt ist.

Welches Urtheil die „unternahmende“ Fabrikantenkommission bei zukünftigen Streikes fällen wird, ist nicht nur aus dem ad 1 angegebenen Zweck des Fabrikantenvereins zu entnehmen, sondern es ergibt sich auch aus den Unterhandlungen, die in Folge eingetragener Einladung des Herrn v. Unruh zwischen den Deputierten der sitzenden Arbeiter Stäge, Schmidt und Winkler und der Kommission der Fabrikanten, bestehend aus Hirsch, Siemens und Wöhlert, gepflogen wurden. Ueber die Verhandlungen schreibt die „Dem.-Zig.“:

„Die Arbeiterdeputierten wurden, nachdem die Kommission der Fabrikanten die Bücher der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf geprüft hatten, befragt, ob sie die vorgelegten Bücher der Fabrik anerkennen. Auf diese von Herrn Kommerzienrath Hirsch gerichtete Frage antwortete die Arbeiterdeputation mit „Ja“; selbstredend, da sie nicht glaubten, daß die Fabrik falsche Bücher vorlegen würde. Auf weitere Vorstellung des v. Unruh, daß sie unter diesen Umständen doch wohl nicht verlangen könnten, daß die Fabrik, falls ihre Bücher erfüllt werden sollten, mit Schäden arbeiten solle, erwiderte die Arbeiterdeputation, daß die Arbeiter lange genug unter den härtesten Entbehrungen für die Arbeitgeber ihre Kräfte geopfert hätten, und wenigstens jetzt sozial verdienen wollten, daß sie in Anbetracht der furchtbaren Abnutzung das Leben freisten könnten, demzufolge sie auf der Lohn-erhöhung von 20 Prozent bestehen müßten.

Hiermit waren die Unterhandlungen resultatlos abgebrochen. Mögen die Arbeiter hieraus die Lehre ziehen, daß gegenseitige Interessen niemals zu vereinbaren sind und nur durch Kampf zum Aus- druck gebracht werden.

Berlin, den 30. August. Die Postunterbeamten versammelten sich am Mittwoch, den 28. August, um über eine Petition behufs Erhöhung des Tagelohnes von 2 1/2 resp. 2 1/2 Sgr. auf einen Thaler zu beraten. Es kam zur Sprache, daß verschiedene Beamte bereits Beinehmungen hatten, um auszusagen, von wem die Agitation unter den Postunterbeamten ausgeht. Es wurde ferner bekannt gegeben, daß seitens der General-Postdirektion den Beamten das Recht bestritten wird, Versammlungen abzuhalten und Petitionen ohne vorherige Erlaubnis einzurichten; künftig würden alle derartige Massengänge einfach in den Papierkorb wandern. Trotzdem wurde eine Petition an das General-Postamt, in welcher um die Erhöhung des Gehaltes auf einen Thaler vom 1. September an oder wenigstens um die Erlaubnis, sich an den Reichskanzler resp. Reichstag wenden zu dürfen, gebeten wird, einstimmig angenommen. Es ward beschlossen, dieselbe durch eine Deputation von 5 Personen überreichen zu lassen, welche sich auch sofort freiwillig dazu meldeten, was gewiß, bemerkt hierzu die „Dem.-Zig.“, als ein Beweis für die verzweifelte Lage dieser Leute, die ihr Brot auf's Spiel setzen, betrachtet werden darf.

Hamburg. Der hiesige Fachverein für Maschinenbauer hielt am 24. August unter Vorsitz des Herrn Köhler in Eberhans's Clublokal eine Versammlung ab, worin Weiß über Zweck und Nutzen der Fachgewerksvereine referirte. „Der Vortragende führte aus — berichtet die „Hamburgische Börsenhalle“ — daß der unvermittelte Gegensatz zwischen Capital und Arbeit auf der Seite der sozialen Frage der Schöpfer und Träger der Gewerksvereine sei. Da sich dieser Gegensatz erstreckte auf Bildung und geistige Beklümmerung, auf Wohlstand und Vermögenslosigkeit, so sollte den Gewerksvereinen die Aufgabe zu, die vereinigten benachteiligten und Schwachen Glieder der heutigen Gesellschaft durch Vereinigung zu kräftigen, sie ihre Lage erkennen zu lassen und ihr Verlangen nach Verbesserung auf festen Boden zu stellen. Was früher in gewissem Sinne die Zänke für den Handwerker überhaupt (Meister und Gesellen) gewesen, seien nun Fachvereine für den Lohnarbeiter, ob letzterer in der Fabrik oder Werkstatt thätig. Sie stellen das gewerliche Interesse für die Beschäftigten, die zugleich Sachverständige seien, in den Vordergrund der Betrachtung und eröffnen so die Möglichkeit, von unten heraus die Macht des Gegenjages zwischen Capital und Arbeit für die Arbeiter milder: gesährlich zu machen. Redner ging nun zu einer Skizze des alten Handwerks über, zeigte dessen allmähliche Auflösung in der modernen Produktionsweise, angebunden durch Entbedung der Dampfkraft, durch Erfindung der Maschinen, und durch die mit Anwendung der letzteren stetig wachsende Arbeitsteilung. Er erläuterte diesen Proceß an der Schuhmacherei. Früher habe dieselbe in einer Hand geruht, jetzt gäbe es Bodenmacher und Stepper; beide Branchen der Schuhmacherei arbeiteten schon mit Maschinen, zwar die Stepper nur mit der Nähmaschine, das Fertigmachen der Schuhe geschähe aber mit solchen Maschinen, wovon eine 2. H. mit Hilfe von 2 Mann täglich 800 Paar Schuhe fertig lieferte. Diese 2 Mann konnten bisher täglich nur höchstens 40 Paar anfertigen, ihre Arbeit sei also jetzt mit Hilfe der Maschinen 20 Mal produktiver, jedoch für sie selbst nicht lohnender geworden. Wie in diesem Falle, so sei das Handwerk überhaupt gründlich umgestaltet worden. Die schlimmste Concurrenz erwache den Arbeitern gerade aus dem zerstörten Ueberresten des Handwerks, besonders aus der Hausindustrie. Hier müßten Mann, Frau und Kinder übermäßig lange arbeiten, um den Familienunterhalt zu erlangen. Die Löhne würden durch dieses System der Isolierung aussergewöhnlich herabgedrückt und die Organisation der Fachvereine am meisten erschwert. Beispiele zu dieser Behauptung fanden sich unter den Steppern selbst. Wenn die Fachvereine nicht rechtzeitig die Arbeiter zu gemeinschaftlichem Streben vereinigten, so werde der Lohn sich noch mehr verringern und selbst in den Fabriken ein Vortheil nach dem andern den Arbeitern entzogen. Beweis hiervon sei, daß die Fabrikanten früher den Steppern die Nähmaschinen geliefert, jetzt aber die Maschine auf Abzahlung den Steppern überweisen hätten, wodurch ein Drucksystem neuester Art sich bilde. — Uebergehend zur Thätigkeit der Gewerksvereine, zeigte Redner auf deren Vorläufer, die früheren Gesellenvereine, hin. Die Gesellenvereine seien nur lokaler Natur gewesen und hätten wenig geholt in dem Lande der alten Herrschaften und Jahrgänge. Auch sie kämpften gegen Uebergriffe der Arbeitsherrn an, entbehrten jedoch meistens geistlicher Basis und hätten ein für früher nicht zu unterschätzendes Verlöbungsselement in dem Zusammenleben des Gesellen mit der Familie des Meisters gehabt. Bilde man auf dasjenige Land, dessen Industrie sich zuerst entwickelte und den alten Gesellen-

vereinen über den Kopf wusch, auf England, so finde man, wie die Fachvereine mit dem Wachsthum der modernen Produktionsmittel Schritt gehalten. Zuerst habe es Hülfsvereine, mit beschränkter Aufgabe gegeben. Nach und nach aber, besonders in den Jahren von 1825—50, entstanden die Ortsfachvereine, die bald zu großen, viele Orte umfassenden Gewerksvereinen sich ausdehnten. Sie gewährten Unterstützung für Verlust an Werkzeugen, für Mitglieder außer Arbeit, für Streikende, für Kranke, für Auswandernde, für Begräbnis; dabei erstrebten sie kürzere Arbeitszeit und geistliche Regelung derselben, Bekämpfung der Frauen- und Kinderarbeit, sowie Lohnherabsetzung. Ihre Mitgliederzahl sei jetzt schon auf 850,000 angewachsen. Dies spreche für ihre Erfolge und ermuntere zu einer, der übrigen gleichen Organisation der Arbeiter. Daß in Deutschland hierfür Verhältnisse herrsche, ersehe man aus dem Umfange der erst jungen Gewerkschaftsbewegung. Die Fachvereine mehrten sich und jeder neue Streik weise die Arbeiter auf deren Nutzen hin. Zwar liege in den Gewerksvereinen nicht die Lösung der sozialen Frage, aber für die Arbeiter Schutzzung zu derselben. Der einzelne Arbeiter erhalte durch dieselben Sicherung gegen Noth, selbstbewußte Stellung dem Arbeitgeber gegenüber, Schutz vor langer Arbeitszeit, Besserstellung der Familie und Gelegenheit zur Fortbildung. Das sei nicht wenig und wohl der Opfer werth, welche in diesem System gemeinschaftlicher Hilfe liegen. — Der Vortrag fand beifällige Aufnahme.

München, 28. August. Am 21. August war unser Freund Scheil in Landshut, wo eine Versammlung abgehalten wurde. Scheil erörterte die ökonomische Lage der Arbeiter. Dabei kam er auch auf die stehenden Heere zu sprechen, welche er eine Versicherungsanstalt nannte, die sich die Fürsten erdichtet hätten und die das Volk bezahlen müsse. Darauf hin schloß der Vertreter der Polizei, ein Magistrats-rath, die Versammlung. Es fällt mir nun eine Nummer des „Nürnberg. Anzeiger“ in die Hand, worin ich eine äußerst geistreiche Correspondenz über diesen Vorfall finde. Das Blatt nennt sich, nebenbei gesagt, „Organ für Vertretung aller freirechtlichen Volksinteressen“, aber auch „Handelszeitung“. Der Correspondent schreibt: der Vorsitzende habe den Schlossergesellen Scheil oder Scheible aus Breslau zum Vortrag eines „Referates“ eingeladen — das will den Geldsackpfeifen nicht in den Kopf, daß Arbeiter auch referiren können — worauf der Inhalt des Vortrages folgen soll. Die Redaktion des „Nürnberg. Anz.“ hat aber den Inhalt des Vortrages aus der Correspondenz gestrichen und bemerkt dazu:

„Wir sind Ihnen für die mühsame Arbeit dankbar, können und indeß nicht einschließen, den Raum unseres Blattes mit einem Conglomerat wesentlich falscher oder tendenziös zugechnittener national-ökonomischer Theorien des Herrn Scheible auszufüllen.“

Darauf schämt sich aber diese „Redaktion“ nicht, die von Scheil aufgestellten Forderungen zu veröffentlichen, welche gleiches direktes Wahlrecht, Beseitigung der Diätenlosigkeit und direkte Gesetzgebung durch das Volk verlangten. Wenn ein „Organ für Vertretung aller freirechtlichen Volksinteressen“ seine Aufgabe in der Schmähung christlicher Arbeiter und Agitatoren findet, so ist sein Titel eine erbärmliche Lüge. Man sollte wirklich glauben, in dem Worte „Anzeiger“ liege ein denunziatorischer Sinn. Wir kennen den Redakteur ganz wohl, diesen Steindruckergesellen Monninger, der sich anmaßt, von andern hochmüthig als „Schlossergesellen“ zu sprechen. Es irritirt ein Bißchen von einem gewisser Komet, der als preussischer Spion mit Recht zur Zeit des großen Gottfried Meyer aus dem „Nürnberg. Anzeiger“ entlassen wurde. Er hat aber diesen Meyer und Monninger ein Denkmal gesetzt, indem er erzählt, daß Monninger als früherer Vorkalporteur des „Anzeiger“ und „Correspondent von und für Deutschland“ seine Artikel nach den Wünschen eingerichtet habe, die man ihm zu diesem Zwecke offerirte. Also bloß um eine Wurst! Das Büchlein enthält noch viele solche interessante Dinge, die wir alle erzählen werden, falls dieser „Redakteur“ Monninger noch einmal seinen Mund aufthut, um christliche Sozialdemokraten zu beschimpfen. Der Mensch kann nicht orthographisch schreiben und ist Chefredakteur eines großen Journals. Gut, daß die dortigen Seher die Orthographie kennen. Dennoch hat das Büchlein einen Hochmuth und schon mehrere Journalisten, die im „Anzeiger“ mitarbeiteten, sind ausgetreten, weil sie den Hochmuth eines solchen geistigen Knieps nicht ertragen und auch für seine journalistischen, orthographischen und andern Böden, die unmöglich sind, nicht mitverantwortlich sein wollten. Schau mir auch einer den „Anzeiger“ an; kaum ein Blatt in Deutschland wird sich finden, das so schülerhaft, so schlecht, so principlos und so langweilig redigirt ist, als dieser einst angesehene „Nürnberg. Anzeiger“. Wenn dieser Monninger sich noch einmal untersteht, nach irgend einem unserer Parteigenossen mit Steinen zu werfen, so will ich ihm einen Denkmal ansetzen, daß er sein Lebtage daran genug haben soll.

München, 27. August. Wie der „Harmonie“-Doktor agitirt. Für Montag, den 26. d., hatte Herr Max Hirsch durch seinen Adjutanten Feilerabend einen „populären Vortrag“ ankündigen lassen und zwar über das Thema: „Die soziale Frage und die Gewerksvereine.“ Eingeladen waren „Arbeiter und Arbeiterfreunde“. Der Saal war gedrückt voll, so daß viele Hunderte wieder umkehren mußten. Um 8 Uhr Abends wurde die Versammlung von dem Einberufer eröffnet, der Herrn Hirsch ohne Weiteres das Wort erteilen wollte. Das alte Randbrot, die Opposition nicht zur Geltung gelangen zu lassen, sollte also auch hier in Anwendung kommen. Kaum hatte aber der Einberufer die Worte gesprochen, „Herr Hirsch hat das Wort“, als von allen Seiten die Wahl eines Bureau's auf das Nachdrücklichste verlangt wurde; alles Sträuben half den Fingern der Harmonieleser nichts, sie mußten sich bequemen, ein Bureau einzuziehen. Gewählt wurden Scheil, Grünberger und Lessinger. Doch das Schicksal erbarmte sich des Herrn Doktor in Gestalt des die Versammlung überwachenden Polizei-Kommissars, der auf Grund der Anträge darauf bestand, daß nur Herr Hirsch und Niemand sonst sprechen solle. Als diesem Ansinnen Scheil als Vorsitzender nicht Folge leisten wollte und erklärte die Versammlung für geschlossen. — Der größte Theil der Anwesenden begab sich nunmehr nach dem Lokal der sozialdemokratischen Partei, wo der übrige Abend unter Singen und Declamiren in der heitersten Weise verließ.

Seit langer Zeit hat unter den Arbeitern Münchens keine solche allgemeine Freude geherrscht, wie an jenem Abend.

Ein Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, von dem viele anwesend waren, bezieht eine Bank und gab seiner Freude in herzlichem Worten Ausdruck. — Ausschließlich wegen seiner agitatorischen Thätigkeit ist heute Parteigenosse Scheil gemahnt worden. Die Bourgeoisie hat sich gerächt.

Frankfurt a. O., 27. August. Am Sonntag, den 26. August hielten wir hier eine öffentliche Schneiderversammlung ab, zu der die Herren Reimann und Kleinke aus Berlin erschienen waren. Herr Reimann sprach zunächst über die Arbeiterbewegung im Allgemeinen und ging dann über zu unserem Geschäft. Er wies zunächst nach, wie schädlich das Confectionswesen seit den letzten Jahren in unserm Geschäft geworden ist. Ferner erläuterte er einen kurzen Bericht über den Leipziger Congreß. — Herr Kleinke zeigte, wie „human“ die Geschäftsinhaber auf den Schneidertag am 9. August vorgegangen sind mit ihren Statuten-Beratungen und auf welche Art und Weise sie die soziale Frage zu lösen gedenken.

Dann trat ein Schneider Becker auf, der uns eines Besseren belehren wollte. Dieser Herr war nämlich auch in der 1-Lhaler-Entree-Versammlung. Ich glaube aber, er wird es bleiben lassen, uns ein zweites Mal zu belehren. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht, daß die heutigen Zustände für die Arbeiter ganz untragbar sind, verpflichten sich die heute hier Versammelten, nicht eher vom Kampf für die Rechte der Arbeiter aller Berufsstände abzulassen, bis die heutigen faulen Zustände vollständig beseitigt sind. Die Versammelten erklären ferner, daß nur die Arbeit allein Verthe schafft und das alles Kapital unbezahlte Arbeit ist.“

Heppenheim a. D. Bergstr., 18. August. Heute fand hier eine zahlreiche hiesige Volksversammlung statt. Herr Donges aus Darmstadt referirte zuerst über die indirekte Steuer. Sodann sprach er über die Strikes und hob hervor, daß die Arbeiter die Strikes so viel als möglich vermeiden sollten, da dieselben meistens doch zum Nutzen des Kapitalisten ausfielen, indem dieselben die Strikes zum Vorwand höherer Waarenpreise machten. Namentlich hob er hervor,

daß auch der Mittel- und Bauernstand in eine immer gedrücktere Lage gerathen und durch die Entwicklung der Großproduktion bald vollständig in das Proletariat hinabgedrückt würden. Nachdem er noch einiges über Confectionen gesprochen, forderte er die Anwesenden auf, der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei beizutreten. Nach Donges sprach Herr Ehrhart über die social-politische Lage des Arbeiterstandes, erwähnte der Bauernkriege und bezeichnete die damaligen Forderungen der Bauern als geächt. Auch über die Concurrenz, welche dem Arbeiter durch die Jucht- und Arbeiterhäuser, sowie durch die Frauen- und Kinderarbeit geschaffen werde, sprach sich Herr Ehrhart aus und betonte namentlich, daß dem Arbeiter nie durch die Vorschläge des Herrn Schulze-Delisch geholfen werden könne.

Nach nochmaliger Aufforderung, der Partei beizutreten, wurde die Versammlung von Herrn Donges, welcher als Vorsitzender gewählt war, geschlossen.

Bensheim a. D. Bergstr., 26. August. Auch hier hat sich ein social-demokratischer Arbeiter-Verein gebildet und hielt die erste Volksversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Was fehlt dem Arbeiter und dem Mittelstand.“ Vorsitzender wurde Herr Linger (Vertrauensmann für Heppenheim), Schriftführer Unterzeichner. Die Herren Donges, Ehrhart und Bingerl aus Darmstadt waren anwesend. Herr Donges erklärte in ausführlicher Weise das Programm der social-demokratischen Arbeiter-Partei. Sodann sprach Herr Ehrhart über das Lohn- und Ausbeutungssystem, und verbreitete sich über die Entstehung des Kapitals. Durch öfteren Beifall unterbrochen, beleuchtete er die politische Lage des Arbeiterstandes und forderte schließlich auf, der Partei beizutreten. Zuletzt sprach Herr Bingerl über das Christentum und erzielte allgemeinen Beifall. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Prinzipien der social-demokratischen Arbeiter-Partei einverstanden und vertritt dieselben mit allen Kräften zur Geltung bringen zu lassen.“ Die Versammlung, welche die jetzt die zahlreichste Besuche war, verlief ruhig. Ueberhaupt ist die Bergstraße ein guter Boden für die Partei und wäre es sehr wünschenswerth, wenn die Frankfurter, Mainzer und Mannheimer Parteigenossen die Sache wie die Darmstädter zu fördern bemüht wären.

Mit sozial-demokratischem Gruß
Georg Draub.

Bensheim an der Bergstr., 27. August. An das Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. In einem Schreiben des Präsidiums des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vom 19. August wird der Wunsch ausgesprochen, daß ich, als demuthlich jetziger Leiter der Mitglieder von Bensheim-Vorsch, nach Frankfurt kommen möge, um der am 25. August stattfindenden Konferenz der Delegirten des Maingaues und der angrenzenden Orte behufs Besprechung über die Agitation in dem genannten Bezirk beizuwohnen. Dieser Einladung gegenüber habe ich zu erklären: Da mir die Prinzipien der sozial-demokratischen Partei völlig klar geworden sind und ich solche jetzt für die radikalste halte, so erkläre ich hiermit meinen Austritt aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Die Vorkommnisse auf der letzten Generalversammlung, ferner der Umstand, daß der „Neue Sozialdemokrat“ auf die prinzipiell gerechten Angriffe des „Volksblatt“ in der Hauptsache nicht nur nicht geantwortet, sondern statt dessen durch Antisichener Lügen die Klust zwischen den beiden Fraktionen immer mehr zu erweitern suchte, waren Veranlassung mit, meinen Austritt aus dem genannten Verein zu erklären.

Hoffentlich werden die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bald zu derselben Einsicht gelangen und mit aller Energie auf die Einigung mit der gesammten sozial-demokratischen Arbeiterpartei dringen.

Mit sozial-demokratischem Gruß
A. Müller, Buchbinder.

Mannheim, 28. August. Sonnabend, den 24. d., hatten wir eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung einberufen: 1. „Die Bestrebungen der Sozial-demokratischen Arbeiterpartei.“ 2. „Gewerkschaften.“ Für den ersten Punkt war Herr Opificius und für den zweiten Herr Elner, beide aus Frankfurt, als Referenten erschienen.

Es war dies die erste von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in Mannheim einberufene Volksversammlung, daher brachte dieselbe die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in allgemeinen Aufbruch. Bereits 8 Uhr waren sie auf dem Platz und kaum ließ sich der Einberufer zur Eröffnung der Versammlung blicken, so ging der Sturm los.

Ein hier sehr bekannter Herr Sanders trat auf und behauptete, er habe sich zum Vorsitzenden vorschlagen hören und darüber sei sofort abzustimmen, was ihm von unserer Seite bereitwillig gestattet wurde. Er erhielt auch den Vorzug. Es entspann sich zunächst eine hitzige Debatte zur Geschäftsordnung. Man konnte ja die Einberufer gar nicht; es sei keine Unterschrift auf dem Plakate und die Polizei verlange diese, auch sei die Versammlung gar nicht der Polizei angezeigt; (!!) diese und ähnliche Ausfälle schwirren wild durcheinander.

Nach vielem Hin- und Herreden gelang es endlich Herrn Opificius, das Wort zum Referate zu erhalten. Opificius mußte sich durch seinen kernigen und klaren Vortrag auch sofort die nötige Ruhe und Aufmerksamkeit zu verschaffen und führte bis zum letzten Punkte des Programms sein Referat zu Ende. Jetzt folgte wieder eine stürmische Debatte über die Pause und Beschränkung der Redezeit, auch wurde zur Interpellation aufgefordert, wozu sich aber außer Herrn Stegerle, früherer Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Niemand meldete. Stegerle mußte zugeben, daß das Thema erschöpfend behandelt sei, und daß nach seinem Dafürhalten nichts mehr hinzuzufügen sei. Herr Elner sagte sich der vorgerückten Zeit und der vorgegangenen stürmischen Debatten halber sehr über den zweiten Punkt der Tagesordnung. Nach Elner trat Herr Dohle, jetziger Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins als Redner auf und stimmte das längst verlungerte Loblied auf die „unschätzbare“ Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins an. Bei einem Ausfall gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei, der er nachsagte, daß sie es sei, die die Arbeiter spaltete und sie auf die Arrisenden führen wolle, zog er sich den Unwillen seiner eigenen Leute in hohem Grade zu. Opificius bezeichnete Dohle's Ausführungen als infame Denunziation und die Versammlung stimmte ihm bei. Die Versammlung, die unzulässig für uns begann, endete entschieden zu unserem Vortheile.

Es sei noch bemerkt, daß das Badische Gesetz nur die Anmeldung einer Versammlung unter freiem Himmel verlangt; trotzdem die Versammlung nicht unter freiem Himmel stattfand, war sie doch durch mich auf dem Bezirksamte angezeigt.

Dresden, 30. August. Die Nr. 53 des „Dresdner Volksboten“ vom 6. März wurde heute Vormittag wegen des Artikels „Der Hochverratsproceß“ confiscirt. Das heißt, wenn Exemplare dieser Nummer noch vorhanden gewesen wären, hätte man diese in Beschlag genommen. („Dresd. Volksbote“.)

Brieg. Sämmtliche Arbeiter und Wickelmacher der Friedländerische Cigarettenfabrik haben die Arbeit eingestellt. Briefe u. s. w. sind zu senden an B. Spindler, Kl. Rasteneypfad 7.

Danzig. Die Arbeiter-Einstellungen greifen immer mehr um sich. Ein großer Theil der Speicherarbeiter und die Arbeiter der Chemischen Fabrik haben die Arbeit eingestellt.

Wien. Die Arbeiter in der Seilspinnerei des Herrn Schweinemer haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen in dieser Fabrik eine Lohnherabsetzung nicht bewilligt wurde, während in den andern Fabriken eine solche von 30—33% pSt eintrat.

Mannheim. Die Schmiedehilfen streiken. Die Forderung der Arbeiter geht auf Feststellung einer Arbeitszeit von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr, an Sturztagen von 6—6 1/2 Uhr. Ein kleiner Theil der Meister hat die Berechtigung dieser Forderungen anerkannt und diese bewilligt.

Gen. Zur Unterstützung der Arisenden Bergleute in Gen sind eingekommen. Aus Witten: Elengieschei Berger & Comp. 10 Thlr. 1 Gr. 6 Pf. Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins 28 Thlr. 6 Gr. Bezüht an Reisefloren 6 Thlr. Aus der Fabrik Berger & Comp. 25 Thlr. Gesellschaft in Hörde 3 Thlr. 14 Gr. Durch Johann Falter aus Annen 24 Witten 19 Thlr. Durch Herrn Rastbirektor Suchland 169 Thlr. 5 Gr. Durch Herrn Theodor Crowe 81 Thlr. 5 Gr. 6 Pf. Durch Concert bei Herrn Joh. Marton 140 Thlr. 10 Gr. 6 Pf. Durch die Union Formerei Abtheilung I 28 Thlr. 17 Gr. 6 Pf. Durch die Union Schreineri 2 Thlr. 12 Gr. 6 Pf. Durch die Union der Drecherei Abtheilung I 11

*) Das Folgende ist aus drei Berichten, die uns gleichzeitig zugegangen sind, zusammengestellt.
R. d. B.

9 Gr. 6 Pf. Durch Herrn Keilberg Filiale der Rheinischen Eisenbahn 4 Tblr. 17 Gr. 6 Pf. Durch Gerhard Jansen und Heinrichs Arch. Verein 8 Tblr. 25 Gr. Von Duisburg Eingekauft 9 Tblr. 10 Gr. Von Duisburg Fabrik Marfordi 7 Tblr. Durch Union Dreherei Abtheilung II 7 Tblr. An Beiträgen der Offener Bürger 310 Tblr. 2 Gr. 6 Pf. Von Witten 22 Tblr. 10 Gr. 6 Pf. Von Dr. Vogel (Berlin) 1 Tblr. Von Essener Buchdruckern 15 Tblr. 10 Gr. Summa der Einnahme 910 Tblr. 18 Gr. 6 Pf. Ausbehalt an 252 Unterhaltungsbedürftige 909 Tblr. 18 Gr. 6 Pf. Wofür wir allen Gekoren den herzlichsten Dank abwarten.

NB. Die Bücher liegen auf dem Bureau jeden Beteiligten zur Einsicht offen.

Offener Brief an Herrn Hieronymi,

Herr Prediger! Ihr durch das von Ihnen mitredigirte „Deutsch-Katholische Wochenblatt“ mir bekannt gewordener Artikel „Herr Bebel im Reichstage“ nöthigt mich, Sie zu adressiren. Obgleich nun Form und Inhalt des von Ihnen verfassten Artikels nicht grade anständig genannt werden können, weil derselbe an Gehässigkeit, Spitzfindigkeit und Wahrheitsentstellung nichts zu wünschen übrig läßt, will ich Ihnen dennoch zeigen, daß der Sozial-Demokrat eine objektive und sachliche Abhandlung mehr gilt als persönliche Gehässigkeiten. Doch stellen wir die Sache über die Form und gehen wir zum Inhalt Ihres Artikels über. „Herrn Bebel und alle Diejenigen“, so beginnt der Artikel, „denen es Vergnügen macht, den Deutschen Reichstag möglichst herabzuziehen“

Der deutsche Reichstag hat sich durch seine verschiedenen Handlungen selbst herabgezogen, dies braucht nicht von andern Personen besorgt zu werden. In allen prinzipiellen Fragen einseitiges Duden und Wäden nach oben, das ist es, was den deutschen Reichstag in den Augen der Arbeiterklasse herabgezogen hat. „Einst hatte die Kirche die Herrschaft, jetzt hat sie der Staat und als dritter kommt nun hinzu die Sozialdemokratie, welche die Herrschaft haben möchte, wo dann Herr Bebel Reichstanzler würde.“

Wenn Sie sich, Verehrtester, ein wenig mit den politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie befaßt hätten, um zu sehen, welche Staatsform dieselbe zur Lösung der weltbewegenden sozialen Frage anstrebt, so hätten Sie eine solche untergeschobene Behauptung, daß die Sozialdemokratie deshalb die „Herrschaft“ haben möchte, am Herrn Bebel, „Reichstanzler“ werden zu lassen, unmöglich, wenn Sie es redlich meinten, niederschreiben können. Hätten Sie sich, Verehrtester, ein wenig die Schweizerische Staatsform angesehen, so würden Sie gefunden haben, daß in einer solchen Staatsform ein „Reichstanzler-Amt“, durch welches man in einigen Jahren in den Stand gesetzt wird, einige „Mißständen“ einzuführen, nicht möglich ist. Diese Schweizerische Staatsform wäre mit einigen Abänderungen die maßgebendste für Europa.

Obgleich nun nach Herrn Bebel der Protestantismus den modernen Staat vertritt, so steht er doch nach demselben Herrn Bebel mit dem modernen Jden im Widerspruch, d. h. Herr Bebel steht im Widerspruch mit sich selbst.

Ja wohl, Verehrtester, der Protestantismus vertritt den heutigen, modernen Staat, in welchem der „Athenwindel“, das „Dividendenhoffen“, mit einem Wort das raffinierteste Ausbeutungs-System als eine göttliche Einrichtung gepriesen wird.

Die „modernen Ideen“, das sind die sozialistische-communistischen, und mit diesen steht der Protestantismus ebenso im Widerspruch wie der Katholizismus.

Wollen Sie vielleicht streitig machen, daß diese Ideen nicht die weitaus verbreitetsten sind? Ist Ihnen die große Arbeiterbewegung so ganz fremd geblieben? — Begreifen Sie denn nicht, daß die Entwidung der Industrie notwendig die Entwidung der sozialistischen Idee fördern muß? Das materielle Interesse des Arbeiterstandes drängt sich täglich mehr und mehr in den Vordergrund. Der Arbeiterstand rückt täglich der wissenschaftlichen Erkenntniß näher, daß sein Paradies die große schöne Erde werden muß, welche gegenwärtig für ihn zur wahren Hölle geworden ist. Wenn also Herr Bebel im Reichstag sagte, daß der Zweck der Debatte über das Festungsgesetz der sei, das Volk von seinem großen und wahren, vom politischen und sozialen Interesse abzulenken, so hatte er vollständig Recht.

Der Herr Reichstanzler, meint Herr Bebel, sei am wenigsten der Mann, der nach der Moral und den kirchlichen Dogmen fragt. Doch der Herr Reichstanzler glücklicher Weise nichts nach kirchlichen Dogmen fragt, das glauben wir auch, glauben aber, daß er nach der Moral mehr frage, als die sozialistischen Petroleum-Bele-Gründer. Aber Herr Bebel scheint Moral und kirchliche Dogmen für ein und dasselbe zu halten, wir nicht. — Da Sie, Herr Prediger, grade bei der Moral-Theorie des gottesfürchtigen „Genialen“ angekommen sind, so erinnern Sie sich seiner „Lucra-Affaire“ und seiner eigenen Meinung, daß die „politisch-Heuchelei“ für ihn einen wesentlichen Faktor in den politischen Konstellationen bildet. Welch böser Dämon hat Sie dazu verleitet, als freireligiöser Prediger in solch gehässiger Weise über die sozialdemokratische Partei herzufallen! Begreifen Sie denn nicht, daß die Freidenkerei von heute im engen Zusammenhang mit der sozialen Frage steht? Freid nter ohne Sozialdemokrat zu sein, ist eben so wenig von Bedeutung, als Sozialdemokrat ohne Freidenker zu sein. — Die übrigen gehässigen Stellen ihres Geschreibels will ich übergeben, weil ein großes Quantum Selbstüberwindung dazu gehört, dieselben zu behandeln.

Ihre Erlaubnis erlaube ich mir noch eine Frage. Sie sagen am Ende ihres Artikels:

„Aber weder schwarz noch roth, weder Theokraten noch Sozialdemokraten, sondern eine vernünftige Staatsordnung.“

Ihnen erlaube ich, die Wahrheit die Ehre zu geben, und zu sagen, was Sie unter einer „vernünftigen Staatsordnung“ verstehen. Da Sie aber Gehässigkeit auf Gehässigkeit gegen die sozialdemokratische Partei auf dem einen Waage Ihres Angriffs geschrieben haben, so wird man auf dem andern vergeblich nach Wahrheit suchen.

Eiberfeld, den 8. August. Rich. Schmelzer.

Für Auswanderer.

New-York. Von Wald-Grin nach New-York übergeben, rufen wir allen Parteigenossen in Deutschland ein herzliches Lebenswohl und Glück zur guten Sache zu; haltet treu zu der Fahne und fest an der Organisation.

Außerdem warnen wir alle Arbeiter und Parteigenossen, welche nach Amerika gehen, nicht den Weg über England einzuschlagen, sondern stets den direktesten Weg von Hamburg oder Bremen nach New-York zu fahren. Ferner aber müssen wir unsere deutschen Brüder, welche nach hier kommen, sehr warnen vor Unternehmen, welche die amerikanische Bonusgewinne zur Ausbeutung der Auswanderer ins Leben gerufen. Am Landungsplatze findet man ein Institut, Casellat oder Kesselarten genannt, ferner die Deutsche Gesellschaft und so gibt es in dieser Wildstadt eine Unmasse derartiger Unternehmen, welche nur darauf ausgehen, die Unwissenheit der Einwanderer zu benutzen, und sie dort für einen, den amerikanischen Verhältnissen nicht im geringsten angemessenen billigen Arbeitslohn wegzuschleppen.

Wir erlauben uns daher, alle Diejenigen, welche nach Amerika zu gehen gelassen sind, auf folgende Adresse aufmerksam zu machen:

Franz Finer, Arbeiterhalle, Eberdize Street 94, New-York.

Wir können Jedem dieses Vokal empfehlen. Der Besitzer desselben ist ein aktiver und uneigennütziger Parteigenosse; auch ist derselbe eifrig bemüht, Jedem zu seinem Fortkommen behilflich zu sein.

Mit Gruß und Handschlag
L. Ehardt, J. Albrecht.

Berichtigung.

Die Adresse des Herrn Haverdier ist in voriger Nummer unrichtig angegeben. Haverdier wohnt jetzt Klosterstraße in der „deutschen Wiche“ was alle Beteiligten zur Rüg nehmen wollen.

Meerane.
d. J. Bevollmächtigter der Gewerkschaft der M.,
K. und Handarbeiter.

Quittung

Über eingegangene Gelder zum Hamburg-Altonaer Sattler-Str. 10. Von den Kollegen in Berlin durch J. Berg 8 Thaler; dito 6 Thlr. 25 Gr.; von den Kollegen in Wien durch J. Richter 10 Thlr.; von den Kollegen in Eiberfeld durch J. J. 3 Thlr. 25 Gr.; 208 der Eisenbahn-Wagenbau-Anstalt in Hamburg zu Rothenburgs-

ort durch R. Hartmann 11 Thlr. 24 Gr. Allen Gekoren unsern brüderlichen Dank im Namen sämtlicher Kollegen von Hamburg und Altona.

Briefkasten

der Expedition: Levela, Post 17 Thlr. 10 Gr.; Koebe, Stengen f. Schriften 3 Thlr.; Rühlend, Essen f. Schriften 1 Thlr. 25 Gr.; Reichelt in Düsseldorf f. Schriften 1 Thlr.; Klempner, Marfisch f. Abonn. September 10 Gr.; Salt, Frankfurt soz.-dem. Arb. Partei f. Annoncen 8 Gr. (11 Gr. nach Abzug der schon am 25. April Ihnen gut geschriebenen 2 Gr. Bleigebühr 3 Gr. Rest.); Girich, Berlin: H. ist nicht da, und mir ist das Uebereinkommen unbekannt, weshalb ich auch vorerst Ihrem Wunsch nicht entsprechen kann.

Der Redaktion: J. Allerdings ist einigen Redaktionen unserer Lokalblätter etwas mehr Sorgfalt bei Aufnahme von Notizen gegnerischer Zeitungen anzurathen. So brachten jüngst einige unserer Lokalblätter die der „Deutschen Allg. Ztg.“ wörtlich entlehnte Notiz, der „Volksstaat“ sei „wegen mehrfacher Beleidigung“ des Kaisers und ein anderer Mal „wegen eines Artikels über das angeblich mehrfache vorkommene Erbrechen von Riesen“ confiscirt worden. R. Breslau. Dank. — A. S. in B.: J. überfandt. — Reimann: Wird besorgt. Ruffen, München: Rag dem Congreß Näheres. — Ch. G. Duisburg: dem Ausschuß überfandt. — G. A. u. Hamburg: Bitte um genaue Adresse, wenn Sie briefl. Antwort wünschen.

Für den Volksstaat.

50 Thlr. von Parteifreunden in Hamburg, zugleich Freunde mit einer Sirate von 50 Thlr. beilegt, „Graues an die Internationale.“ Expedition des „Volksstaat“.

Arbeitsmarkt.

2 Drechslergehülsen, welche auf Hartgummi, Jutt, im Bijouteriefach, Brochen, Dyringe und sonstige in dieses Fach schlagenden Artikel gearbeitet haben, finden bauende und lohnende Arbeit bei Hg. Jollinger, Gr. Sandgasse No. 25, Frankfurt a. M.

Aufforderung.

Herr Wilhelm, früher in Frankfurt a. M., wird hiermit aufgefordert, seinen Verbindlichkeiten sofort nachzukommen.

J. Güner. Hg. Jollinger.

Herr Hermann Peter, Buchbindergehülfe in Berlin wird secundärl. erucht seine Adresse an untenstehende Adresse abzugeben.

H. Richter,
Sternwartenstraße Nr. 23,
Leipzig.

Leipzig.

Sozial-demokr. Arbeiterverein

Wegen der am künftigen Freitag stattfindenden Krankenkassensammlung der Gewerksgehülsen fällt die Sitzung aus.

Der Vorstand.

Für Stuttgart.

Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.

Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr. **Versammlung** im „Abelberger-Hof“ (Eberhardstraße).

Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen und fleißig Gäste einzuführen.

Esslingen.

Nächsten Sonntag Abend **Zusammenkunft** bei Daug, kleine Krone.

Stenographische Section im Arbeiter-Bildungs-Verein zu Leipzig (Nitterstraße 211.)

Morgens Abends 8 Uhr **Uebung.**

Gäste sind willkommen.

Für den Rheins- und Maingau.

Zur Zeit des Congresses soll in Mainz wieder eine **Vertrauenskonferenz** stattfinden, und zwar am Sonntag den 8. September von 1—3 Uhr Nachmittags im Gaißhaus zur alten Krone. Wir machen Alle, die es angeht, darauf aufmerksam.

Einladung zum Volksfest.

Der Volksverein zu Ronneburg hält am 8. und 9. September a. c. im hiesigen Schützenhaus ein Volksfest ab, verbunden mit Ranzschießen, Concert und Ball, und ladet hierzu alle Gesinnungsgenossen und Freunde des geselligen Vergnügens von Nah und Fern ergebenst ein.

Programm: Sonntag früh 6 Uhr Aufstellen der Scheide, Vormittags 11 Uhr Zusammenritt der Deputationen im Schützenhaus, Nachmittags von 2—3 Uhr Sammeln der Ranzschützen, sowie der auswärtigen und hiesigen Festhühner. Sammelplatz Schützenhaus. So. 3 bis 1/4 Uhr Rangieren des Festzuges, dann gemeinschaftlicher Aumarfch.

Der Zug bewegt sich rechts vom Schützenhaus nach dem Gasthof zum goldenen Bären, dem Baumtandel entlang nach dem Markt, die Marktstraße nach dem obern Thor, Erbstraße, Burgkellerstraße nach dem Schloß zu, die Schloßstraße, Schußgasse über den Markt zurück nach dem Schützenhaus.

Dann Begrüßungsrede gesprochen von einem Parteigenossen; dann Concert und Schießen. 7 Uhr Anfang des Balles

Montag: Nachmittags 2 Uhr Concert und Sternschießen ohne Büchsen.

Ronneburg, 31. August. Das Festcomitee.
Karl Schmidt.

NB. Abzeichen: die Empfangsdeputation trägt die Kassen-deputation weiße, die Schießdeputation grüne Schieber.

Jeder Theilnehmer wird gebeten, den Anordnungen der Festordner willig Folge zu leisten.

Am Eingange des Festplatzes hat fürs Concert a Person 1 Rgr. zu entrichten.

Nur Loosinhaber haben Zutritt.

Großes Arbeiterfest.

Für Köln, Solingen und nächste Umgegend.
Am Sonntag den 15. September.

Im Walde bei Station **Schlebusch** an der **Bergisch-Märkischen Eisenbahn.**

Die Kölner Festtheilnehmer sammeln sich Morgens um 10 Uhr am Röhler Haus an der Flora. Von dort beginnt der Zug, begleitet von einem Rühlheimer Ranzschor, um 10 1/2 Uhr nach der Rühlheimer Halde, wo zugleich die Ueberrichter nach Rühlheim stattfinden. In Rühlheim schließen sich die dortigen Parteigenossen dem Zuge an bis zur Giesebahn, wo sich die Fahrt mit dem nächsten Zuge, oder wenn es möglich gemacht werden kann, mit einem Extrazuge nach Schlebusch stattfindet.

Festbeitrag zur Deckung der Kosten beträgt für jede männliche Person über 17 Jahre 2 1/2 Sgr. Damen sind frei. Listen zum Einzeichnen liegen auf im sozial-demokratischen Arbeiterverein und in sämtlichen Gewerkschaften und Fachvereinen, so wie bei der Filial-Expedition des „Volksstaat“.

Bei unflüssiger Witterung findet dasselbe 8 Tage später statt. Die Solinger Parteigenossen machen das Nähere über ihre Einrichtungen durch die dortigen Lokalblätter bekannt.

Das Centralcomitee.

Für Altona.

Donnerstag, den 5. September, Abends 9 Uhr **geschlossene Mitgliederversammlung** im Schuma der Amthaus gr. Bergstr. 139.

Tagesordnung: 1) Der Mainzer Congreß. 2) Innere Vereinsangelegen.

Mitgliedskarten sind vorzulegen.

Einladung zum Stiftungsfest der **Gewerkschaft der Holzarbeiter** am **Sonntag den 8. September** in den Localitäten des **Rathstellers** zu **Erfurt**.

Arbeiter Thüringens! Wir suchen Euch, uns bei diesem Fest

mit Euren Besuch zu beehren und hoffen wir auf recht zahlreiche Theiligung. Das Programm besagt das Nähere.

Das Festcomitee. (21)

Für Reichenbach i. B. und Umgegend.

Großes Arbeiterfest,

bestehend in **Auszug, Festrrede, Garten-Concert, Volksbe-lustigungen** verschiedener Art und daranfolgendem **Ball Sonntag, den 8. Sept. von Nachm. 3 Uhr an** in den Localitäten der **großen Turnhalle**. Alle Nachbarorte, als: Rglau, Reichenbach, Engenfeld, Treuen, Auerbach, Greiz, Verbau, Kirchberg, Willau u. s. w. werden um Theilnahme erucht. Festbeitrag 1 Sgr. Am Bahnhof wird eine Deputation zum Empfang der Gäste an rothen Schleifen kenntlich, am Abend sein. Auch wird den etwaigen Besuchern der Göltschthalbrücke am Vormittag Geleite gegeben.

Festkarten können von den Vorstehern des sozialdemokratischen Arbeitervereins bezogen werden.

Für Beachtung.

Den süddeutschen Parteigenossen, die zum Mainzer Congreß über Stuttgart reisen, zur Nachricht, daß die hiesigen Parteigenossen Freitag Abend im „Wälderbergerhof“, (Brunnenstraße) zusammenkommen.

Abfahrt von hier nach Mainz Samstag früh. Stuttgart. Th. Burckhardt.

Für Schuhmacher.

Das Arbeitsnachweise-Bureau für die Schuhmacher in Wiesbaden befindet sich Römerberg Nr. 12, bei Herrn B. Scherber, was wir unsern reisenden Kollegen hiermit empfehlend mittheilen. Das Vereins-lokal ist Langgasse 12, Restaurant Thomä. Versammlung jeden Dienstag Abends 8 1/2 Uhr.

Julius Schulz.

Durch die Expedition des „Volksstaats“ ist zu beziehen: **Bapitthum und Concil.**

Antwort auf die 21 Kanones als Mahnruf an das deutsche Volk zur Abshüttelung des Joches Römischer Herrsch- und Habsucht. Preis per Stück 3 Rgr. Wiederkäufer erhalten Rabatt.

Rur Bestellungen, denen der Betrag in Marken oder Scheinen beiliegt oder gegen Postvorschuß werden effectuirt.

Die Expedition.

„Es werde Licht“

Poesien von Leopold Jacoby.
Berlin 1872. Ladenpreis 12 Sgr.
Bei 6 Exempl. wird der Preis auf 7 1/2 Sgr.

bei 30 Exempl. auf 6 Sgr.
Exemplar ermäßigt.
(5) 5 G. G. Olden. Berlin, Louisenstr. 45.

Durch die Expedition des „Volksstaat“ sind zu beziehen: Thlr. Gr. Pf.

Protokoll des Egenacher Kongresses 1 5
" " Stuttgarter 1 —
" " Dresdener 3 —

Berhandlungen des IV. Kongresses des internat. Arbeiterbundes in Basel 1869 3 5
C. Marx Zur Kritik der politischen Oekonomie 22 5
" Das Kapital, II. Auflage (im Druck) 3 —
" Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte 15 —

B. Gichhoff, Die Internationale Arbeiter-Assoziation 5 —
Secarius, Ein Arbeiter's Widerlegung der national-ökonomischen Lehren J. Stuart Mill's 5 —
Wuttke, Professor Dr., Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung 5 —

A. Weib Der Normalarbeitstag 1 —
Anti-Syllabus, (Schicht) 5 —
Zur Erinnerung an die letzten Wiltage 1871 (Wochenschrift) 5 —

Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatrioten 2 5
Photographien von Marx, Lassalle, Blanqui, Ferre, Milliere, Delecluze, Kossel u., in Bistenarten-format 2 5
" in Kabinetformat 6 —

J. Engels, Der deutsche Bauernkrieg 5 —
" Die Lage der arbeitenden Klassen in England 20 —

J. A. Lange, Die Arbeiterfrage 25 —
Roß, Betrachtungen über den Normalarbeitstag 5 —
" Mahnruf an die landwirthsch. Bevölkerung 6 —

Dieggen, Nationalökonomischer Vortrag 5 —
" Religion der Sozial-Demokratie, 1. 2. 3. 1 5
C. Girsch, Normalarbeitstag 1 5
" Der Staat und das Genossenschaftswesen 5 —

Der Braunschweiger Ausschuß der soz.-dem. Arbeiter-Partei in Vögen u. vor Gericht 1871 12 5

Gilmann, Internationale Arbeiter-Assoziation 1 5
Castellar's Rede über die Internationale 1 5
Statuten der Internationalen Arb.-Assoziation 1 —

Protokoll des fünften Vereinstages deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg 2 |
A. Bebel, Unsere Ziele. 2. Auflage 2 5
" Reichstagsreden 2. Session 1 5
" Rede i. d. Tonhalle zu Leipzig d. 14. Juni 1871 über die Leipziger Commune 5 —

Dr. Walster, Schutz des Arbeiters in den Gewerkschaften 1 —
" Am Westkühl der Zeit. Soz. Roman I. und II. Lieferung a 2 —

Wohnungsfrage, Eine soziale Skizze von Engels 2 —
W. Liebnicht, Zu Trug und Schug, Festrrede, gehalten beim Stiftungsfest des Grimmitzthaler Volksvereins am 22. Okt. 1871 II. Aufl. 2 5
" Was ich im Berliner Reichstag sagte. Enthaltend Reden von 1867 und 1870 2 —

Die politische Stellung der Sozialdemokratie 1 —
Vassalle, Arbeiterprogramm a 2 1/2 Gr.
" Bahiat-Schule 15 Gr.
" Julian Schmidt a 12 1/2 Gr.

Bei Partienbestellungen gegen baar oder Postvorschuß entsprechenden Rabatt. Eiltige Broschüren waren seit einiger Zeit nicht oberrur mit Nähe zu erhalten.

Auch sind sämtliche Vassalle'sche und sonstige sozialistische Schriften durch d. selbe zu beziehen.

Bekanntmachung.

Den Lesern des „Volksstaat“ in **Rendau, Neuschönefeld, Volk-marsdorf, Zellerhausen, Grottenhof Anger** wird bekannt gegeben, daß sich bei Herrn **Schneider U. Pfeffel** in **Volk-marsdorf** Gwaldbstr. 74/2 eine

Filialexpedition

beefindet. Abonnements werden dort entgegengenommen, auch sind dortselbst einzelne Nummern zu haben.

Die Expedition des „Volksstaat“
Für **Blagwitz, Vindenan und Um-gegend.**
Bei Herrn **Weichert** Nr. 9 in **Blagwitz** befindet sich eine

Filialexpedition des „Volksstaat“
und kann dort abonniert, wie auch einzelne Nummern gekauft werden.
Die Expedition des „Volksstaat“
Leipzig: Be. antw. Ressort a. Murg; Redaktion u. Expedition
Gohstr. 4; Druck u. Verlag v. F. Ebels.